



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3/XI/168 - 25. Juli 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Bundeswehr und Erziehung	S. 1
Ägypten zwischen zwei Stühlen	S. 3
Ungesühnte Wirtschaftsverbrechen in Rheinland-Pfalz	S. 5

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 896 890

## Bundeswehr - Schule der Nation?

C.G. Dass der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, jenes aus Persönlichkeiten der verschiedensten politischen und weltanschaulichen Überzeugung zusammengesetzte unabhängige Gutachtergremium, "aus Anlass des Aufbaues der Bundeswehr" eine Empfehlung veröffentlicht, mag für viele zunächst ungewöhnlich, ja befremdlich erscheinen. Denn der Raum der Schule und darüber hinaus der gesamten Volksbildung und der Bereich der bewaffneten Macht sind einander so entgegengesetzt, dass es schwerfällt, hier Brücken zu schlagen. Die Schule hat es mit der Erziehung zu Freiheit und selbständigem Denken zu tun, sollte es zumindest damit zu tun haben, während die Armeen in allen Ländern und zu allen Zeiten Disziplin, Gehorsam und Beherrschung der Waffentechnik als Prinzipien ihrer Ausbildung betrachten. (Von Erziehung sollte man deshalb, soweit militärische Ausbildung gemeint ist, nicht sprechen.)

Aber auch die Armee ist ein Teil der Gesellschaft, und die Versuchung ist gross, militärische Spezialtugenden als verbindlich für die gesamte Gesellschaft zu deklarieren. Den Prozess des Übergreifens militärischen Denkens und militärischer Organisations- und Ausbildungsformen in den zivilen Bereich hat man zu Recht als Militarismus, sein Ergebnis als Militarismus bezeichnet. Kennzeichen des Militarismus ist nicht allein die Beherrschung der Politik durch Militärs und die Aggressionslust eines Staates, sondern ebenso sehr die Prägung einer Gesellschaft durch militärische Strukturformen. Die vormilitärische Ausbildung der Jugend in Schule oder Jugendorganisation stellt einen -2-

wichtigen Teil des Militarierungsprozesses dar. Gerade von daher erhält auch die Empfehlung des Deutschen Ausschusses ihre innere Legitimation. Sie warnt vor jeder Art "wehrgeistiger Erziehung" oder "vormilitärischer Ausbildung" der heranwachsenden Jugend. Für die noch nicht wehrdienstfähige Jugend erschöpfe sich die auch militärisch wertlose Beschäftigung mit vermeintlich soldatischen Aufgaben zu leicht im Technischen und Äusserlichen, sie gefährdet durch unangebrachte Vorwegnahme den richtigen Aufbau der Erziehung und schädige damit die Jugend.

So sehr der Übertragung militärischen Denkens und militärischer Ausbildung auf die Erziehung der Jugend widersprochen werden muss, - und alle Überzeugten Demokraten werden sich darin einig sein, wie sie zur Wiederaufrüstung als solcher auch stehen mögen - so unstritten bleibt die Frage nach der Möglichkeit der Einführung ziviler Erziehungsformen und -inhalte in den militärischen Raum. Die hierarchische Struktur eines Militärapparates wird von ihrem Wesen her vor allem jeder politischen Bildung im Sinne einer Erziehung zur Demokratie Schranken setzen. Es wäre deshalb völlig verfehlt, zu hoffen, die Bundeswehr könne eine Art "Schule der Nation" - diesmal mit demokratischem Vorzeichen - werden. Was die Schule an politischer Bildung versäumt hat, kann und soll der Wehrdienst nicht nachholen. Ausserdem könnte sich auf solche Spekulationen der Ruf nach längerer Dauer des Wehrdienstes gründen und damit die wahren Gründe zu verschleiern trachten.

Leider sind die Teile der Empfehlung des Deutschen Ausschusses, die sich mit diesen Problemen befassen, solchen gefährlichen Illusionen nicht völlig entgangen. War es überhaupt nötig, Erklärungen dieser Art zu einem Zeitpunkt abzugeben, an dem die Frage der Wehrpflicht nach wie vor unstritten ist - trotz des Beschlusses des Bundestags? Vordringlich dagegen erscheint das Problem der politischen Bildung der Berufssoldaten. Es ist in jedem Falle gestellt, bei einem Wehrpflicht- wie bei einem Freiwilligenherr. Es ist zwar ein Teil des Problems der politischen Bildung aller Beamten, aber dass es für die Stellung der bewaffneten Macht in der Demokratie schlechthin entscheidend sein kann, braucht wohl nicht näher begründet zu werden. Leider ist der Deutsche Ausschuss auf diese Frage in einzelnen nicht eingegangen. Dies ist um so bedauerlicher, als Erfahrungen aus der Arbeit der Polizei und des Bundesgrenzschutzes durchaus hätten verwertet werden können. Trotz vieler guten Einzelvorschläge kann die Empfehlung im ganzen nicht befriedigen. Dass sie - zum ersten Male seit Beginn der Tätigkeit des Deutschen Ausschusses - nicht einstimmig beschlossen wurde, ist deshalb nicht allzu erstaunlich.

Wassers"Pyramide"

I.D. Der Assuan-Staudamm, der das imposanteste Bauwerk aus Granit und Zement im Nahen Osten und das zweitgrösste seiner Art in der Welt neben dem amerikanischen Fort Peck zu werden versprochen, ist durch die Absage Englands, Amerikas und der Weltbank, eine finanzielle Beihilfe von insgesamt 270 Millionen Dollar zu leisten, zunächst zu einer "Luftpyramide" geworden.

Die Bedeutung dieses Projekts für die ägyptische Wirtschaft betonte der ägyptische Staatschef in seiner Antrittserklärung, als er es zu einer seiner vorranglichsten Aufgaben erhob. Tatsächlich würde dieser Damm sehr wesentlich zur Erschliessung neuer Nahrungsmittelquellen beitragen. Die Diskrepanz zwischen Bevölkerungszahlen und Bodenertrag in Ägypten - von 1897 bis 1952 wuchs die Anbaufläche um 18%, während sich in der gleichen Zeitspanne die Bevölkerung um 118% vermehrte - bedarf dringend der Überbrückung, wenn der wirtschaftlichen Not des ägyptischen Volkes gesteuert werden soll.

Die Ansicht, dass durch den Bau dieses Damms Amerika Ägypten als Konkurrenz auf dem Baumwollweltmarkt zu fürchten habe, ist daher als irrig anzusehen und kann auch niemals der Grund für eine derartige Absage des Westens an Ägypten sein.

Ebensowenig kann die Ansicht vertreten werden, dass der Westen diesen Streich gegen Ägypten zu Gunsten Israels führte. Israel hat die Pläne zum Bau dieses Damms stets begrüsst. Es sah darin die Möglichkeit, die aufgepeitschten nationalen Gefühle des ägyptischen Volkes auf dieses hoffnungsvolle Projekt hin- und von sich abzulenken. Ausserdem versprochen der Bau des Damms für viele Jahre hinaus neue Arbeits- und Aufnahmemöglichkeiten für die vielen hunderttausend arabischen Flüchtlinge, die jetzt noch untätig in Lagern herumlungern und vielfach die Urheber der Übergriffe an Israels Grenzen stellen. Sollte Wasser den Assuan-Damm nicht zu bauen in der Lage sein, wäre für Israel die Gefahr, als Blitzableiter herhalten zu müssen und womöglich einer Masswelle zum Opfer zu fallen, grösser denn je.

Bliebe also die Möglichkeit, dass der Westen mit dieser Aktion den unterentwickelten Ländern vor Augen führen wollte, dass die hochtrabenden Versprechungen des Ostblocks jeder realen Grundlage entbehren. Die

Sowjetunion hat in der letzten Zeit den Ägyptern wie auch den anderen wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten in grosszügiger Weise ihre Hilfe angeboten, ohne dass sie bisher Taten grösseren Stils folgen lassen musste. Jedoch blieben allein ihre Angebote in diesen Ländern nicht ohne Widerhall, denn Moskau war weise genug - im Gegensatz zum Westen in vergangener Zeit -, keine politischen Bedingungen an derartige Angebote zu knüpfen. Was hätte nun näher gelegen als die Annahme, dass nach der Abgabe der Westmächte Russland seine Bereitschaft, den Ausfall von 270 Millionen Dollar wettzumachen, erklären würde. Tatsächlich aber kam bisher von dieser Seite keine weitere Zusage als die bereits gemachte, zum Bau des Damms einen Beitrag zu leisten.

#### Bloßgestellte Sowjetunion

Dies dürfte als der Beweis der Unfähigkeit des Ostblocks, seine vielversprechenden Angebote in die Tat umzusetzen, angesehen werden. Der Westen hätte damit dem Osten im wahrsten Sinne des Wortes bloss gestellt. Es bedarf keiner tieferen Erkenntnis, zu behaupten, dass die Russen auf diese Weise am Nil wie am Ganges erheblich an politischem Boden verloren haben. Denn von ihren Betuerungen, die letzte Kruste Brot mit den Völkern der unterentwickelten Gebiete zu teilen, bleibt nur leeres Pathos übrig.

In der westlichen Welt wird niemand die politische Bedeutung dieser Handlung Englands und Amerikas unterschätzen. Wenn man jedoch von den politischen Kraftproben der Mächtigen dieser Welt absieht, ändert sich letzten Endes für die in bitterer Not lebenden Völker, auf deren Rücken diese Manöver ausgeübt werden, nicht das Geringste. Für sie ist es eine Tatsache, dass es sich bei den ihnen vom Westen gemachten Angeboten um politische Bindungen und bei den Angeboten der Sowjetunion um leeres Gerede handelt. Kein Zeitpunkt wäre günstiger als der augenblickliche, die Forderung der drei "Neutralen" - Tito, Nassar, Nehru - in ihrem Kommuniqué von Brioni nach einem erneuten Versuch der Bildung eines Sonderfonds der Vereinten Nationen für den Erwerb und die Verteilung wirtschaftlicher Hilfsmittel an die unterentwickelten Gebiete zu verwirklichen. Würde Nassars Pyramide Anlass zu einer derartigen Regelung, die einerseits den Völkern der unterentwickelten Gebiete Vorteile bringen, andererseits den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt beseitigen helfen würde, bliebe sie nicht nur als Monument einer aufstrebenden Nation, sondern als Symbol zurück, dass es letzten Endes keinem zum Vorteil gereicht, Menschen zum Spielball der Politik zu machen.

Die Wunden der "Bautiger" sind noch nicht vernarbt

K.H. Mainz, Ende Juli

Als vor etwa vier Jahren die Skandale bekannt wurden, die bei der Ausführung der Millionen-Bauprojekte der amerikanischen Besatzungsmacht entstanden waren, da hatte wohl jeder rechtlich denkende Mensch angenommen, dass über kurz oder lang diese Mißstände abgestellt, die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen und die Schäden behoben werden würden. Immerhin handelte es sich um strafrechtlich zu verfolgende Taten, wie Korruption, betrügerische Bankrotte, Unterschlagung von Lohn- und Krankenkassengeldern und ähnliches. Immerhin waren die Skandale dieses ganzen Sumpfes im Landtag von Rheinland-Pfalz zur Sprache gekommen und dabei eine genaue Untersuchung versprochen worden. Auch war im Brennpunkt der "heissen Landschaft", in Kaiserslautern in der Westpfalz, ein Sonderdezernat der Kriminalpolizei zur Untersuchung der damals anstehenden weit über 150 Fälle gegründet worden. Einige Urteile, die bei den Gerichten ergingen, waren allerdings wenig fruchtbar, sie lauteten auf Geldstrafen, die im Vergleich zu den im Spiel stehenden Summen lächerlich gering waren. Die Paragraphen waren nicht ergiebig genug für diese Art Wirtschaftsverbrechen.

Inzwischen sind drei Jahre vergangen. Beim Sonderdezernat verstauben die Akten, obwohl die Beamten fleissig, aber wahrscheinlich erfolglos weiter recherchieren. Schon damals wurde der Verdacht ausgesprochen, dass starke Kräfte im Hintergrund Fäden ziehen, um die Untersuchungen weitgehend im Sande verlaufen zu lassen. Sie sind im Sande verlaufen, die restlichen Strafbefehle annullierte eine Amnestie.

Betrogene Handwerker und Arbeitnehmer

Geblichen aber sind die Schäden, die von den Wirtschaftsverbrechern verschiedenster Grade damals Tausenden von kleinen Handwerksbetrieben und kleinen Baufirmen, zigtausenden von Arbeitnehmern und nicht zuletzt der Steuerkasse des Staates zugefügt wurden. Die Wunden, die die "Bautiger" und "Geldhyänen" ihnen allen damals geschlagen hatten, sind noch nicht verheilt. Die Krankenkassen haben noch Aussenstände an Krankengeldern, die je Kasse in die Hunderttausende gehen. Die Finanzämter sind nicht besser dran. Die Zahl der Bau- und Handwerksbetriebe, die wegen nichtbezahlter Leistungen auf dem Baumarkt der Amerikaner Konkurs anmelden mussten, wird auf 4 000 geschätzt. Eine ebenfalls sehr

grosse Zahl von Firmen lebt seit dieser Zeit nur durch künstliche Bluttransfusionen vermittelt sich gegenseitig ablosender Kredite. Tausende von Arbeitnehmern haben bis heute noch keinen Pfennig der ihnen zustehenden Arbeitslöhne erhalten, sondern wurden im Anschluss an gewonnene Arbeitsgerichtsprozesse, die ihnen jedoch nach den Offenbarungseiden der beklagten Firmen auch keinen roten Heller einbrachten, noch zusätzlich zu den Gerichtskosten verurteilt. In vielen Fällen wurde die Wiederschlagung der Gerichtskosten trotz entsprechender Anträge vereitelt oder es wurden unverständliche Schwierigkeiten gemacht.

Es geht um 450 Millionen DM

Zu den Geschädigten im damals "goldenen Bauwesten" gehören auch eine Reihe sogenannter Generalunternehmer, das sind diejenigen Grossfirmen, die die Grossaufträge direkt von den amerikanischen Planungsdienststellen übernommen hatten. Sie haben sich heute in der "Notgemeinschaft der Besatzungs-Auftrags-Geschädigten im Bundesgebiet" zusammengeschlossen und fordern die Begleichung einer Schuld von 450 Millionen Mark, nämlich Zahlungsausfälle und Folgeschäden. Das ist ihr gutes Recht. Aber es ist bezeichnend, wie schnell die Notgemeinschaft bei Prüfung der Tatbestände entdeckte, dass der im politischen Raum bereits seit langem gegen den Bundeskanzler erhobene Vorwurf, er habe den Generalvertrag mit den Besatzungsmächten sehr leichtfertig und oberflächlich und damit zum Schaden für die Bundesrepublik ausgearbeitet, auch im wirtschaftlichen Raum gilt.

Es gibt keine Paragraphen, durch welche die amerikanischen Besatzungsbehörden und Baubehörden zur Begleichung ihrer Schuld gezwungen werden könnten; selbst die Stationierungskosten, die der Bundeskanzler so freigebig verschenkte, sind hierfür nicht zuständig. Der Kanzler hat alle deutschen Interessen vernachlässigt und jetzt ist das allgemeine Völkerrecht der letzte Haken, an den diese "Rest"-Forderungen aufgehängt werden können.

Interessant wird dieser Teil des nicht bereinigten "Bausumpfes" - der Wert der allein in der Westpfalz erbauten Objekte beträgt mehrere Milliarden Mark - allerdings, wenn man hinter die Kulissen leuchtet und feststellt, dass es eine gewisse Anzahl "Unternehmer" aus den Reihen gerade dieser Generalunternehmer war, die die aus verschiedenen Ursachen entstandene Misswirtschaft erst zum grossen Sumpf werden - 7 -

liess. Kartellabsprachen durch Monopolstellung, leichtfertige Behandlung der Pflichten gegenüber den - später in Konkurs geratenen - Subunternehmern, masslos übersteigerte Gewinnspannen im "Zwischenhandel" der Bauaufträge und Nichtauszahlung der sogenannten Sicherungssummen (zur Korrektur nicht fachgerecht durchgeführter Arbeiten), die bis zu 20 Prozent betragen, kommen auf ihr Schuldkonto.

#### Fadenscheinige Entschuldigungen

Als echte Kinder der "freien Wirtschaft" wurden sie gebissen und bissen weiter die von ihnen Abhängigen; heute aber suchen sie <sup>beim</sup> Staat nach ihrem Recht. Es ist jedoch nicht bekannt geworden, dass einer von ihnen versucht hätte, den Tausenden von Arbeitnehmern, die als die Kleinsten zuletzt und am Fühlbarsten gebissen wurden - denn ihnen ging jede sauer verdiente, aber nicht ausgezahlte Mark von der auch damals wirklich nicht vergoldeten Lohnkürze ab -, ebenfalls zu ihrem Recht zu verhelfen oder sich nur um sie zu kümmern.

Entschuldigungen, die zum Teil auch von Behörden ausgesprochen wurden, die Arbeiter seien damals den grossen Verdiensten nachgelaufen, sind sehr fadenscheinig, denn ein grosser Teil von ihnen wurde von auswärtigen Arbeitsämtern unter Druck - Entzug der Arbeitslosengelder - vermittelt. Bedauerlich ist ebenfalls, dass es auch der Landesregierung von Rheinland-Pfalz alles andere als eine Herzensangelegenheit all die Jahre hindurch war, hier ihren Einfluss geltend zu machen, damit die vor drei und vier Jahren geschlagenen Wunden wenigstens bei denen, die ihre Existenz als kleine Handwerker oder ihre Arbeitskraft als Arbeiter und Angestellte opferten, hätten vernarben können.

\* \* \*

#### Nachher

Zu einem heiteren Rededuell kam es im Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Klub zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundestag, dem SPD-Abgeordneten Erlar, und einem pensionierten General. Erlar, der in einem Referat noch einmal die psychologischen, sozialen und politischen Gefahren einer allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik aufzeigte, hatte - symbolisch für die Beziehungen zwischen Politikern und Militärs - scherzhaft erklärt: "Mir ist es lieber, wenn die Generale vor mir strammstehen, als dass ich vor den Generalen strammstehen muss."

In der Diskussion antwortete ihm daraufhin besagter General: "Ich habe stets vor allen meinen Vorgesetzten strammgestanden, wie es sich für einen anständigen Soldaten nur einmal gehört. Das galt natürlich auch für den Wehrminister. Vor einem einfachen Bundestagsabgeordneten würde ich als guter Demokrat jedoch niemals strammstehen."

Aber es war nicht der General, sondern Erlar, der mit einer blitzschnellen Entgegnung die Lacher auf seiner Seite hatte: "Verzeihen Sie, ich war mit meiner Bemerkung der Zeit etwas vorausgeeil. Ich bin selbst verständlich von den Bonner Verhältnissen noch der nächsten Bundestagswahl ausgegangen..." \* \* \* Verantwortlich: i.V. Albert Exler